

## Niederschrift

Gremium	Sitzung - BA-SAB/014(V)/12			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
<b>Betriebsausschuss SAB</b>	Dienstag, 12.06.2012	Julius-Bremer-Str. 8 Raum 609	17:00 Uhr	17:35 Uhr

## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

- 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Genehmigung der Niederschrift vom 13.03.2012
- 3 Quartalsbericht des Städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes zum 31. März 2012
- 4 Operatives Eigenbetriebscontrolling per 31. Dezember 2011 I 0046/12
- 5 Verschiedenes

Anwesend:

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Olaf Czogalla  
Stadtrat Bernd Reppin  
Stadträtin Helga Boeck  
Stadträtin Monika Zimmer  
Stadtrat Wolfgang Wähnelt  
Stadtrat Helmut Hörold

**Beschäftigtenvertreter**

Herr Jörg Richter

**Geschäftsführung**

Frau Stefanie Waschmann

**stellv. Vorsitzende**

Frau Regina Mittendorf

**Abwesend**

Beigeordneter Holger Platz  
Stadtrat Andreas Schumann  
Stadtrat Hans-Jörg Schuster  
Vors. des Stadtrates Beate Wübbenhorst  
Herr Reinhardt Brett

## Öffentliche Sitzung

### 1. **Feststellung der Beschlussfähigkeit und Bestätigung der Tagesordnung**

---

**Frau Mittendorf** eröffnet die vierzehnte reguläre Sitzung des BA SAB in der V. Legislaturperiode und begrüßt die Stadträte, den Beschäftigtenvertreter und die Vertreter der Verwaltung. Sie stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde und mit acht Ausschussmitgliedern, davon sieben stimmberechtigten Ausschussmitgliedern, beschlussfähig ist.

#### **Beschluss:**

**Die Ausschussmitglieder stimmen der Einladung und Tagesordnung in der vorliegenden Fassung zu.**

#### **Abstimmungsergebnis:**

**7 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen**

### 2. **Genehmigung der Niederschrift vom 13.03.2012**

---

**Frau Mittendorf** fragt die Ausschussmitglieder, ob sie mit der vorliegenden Niederschrift einverstanden sind, oder ob noch Änderungs- bzw. Ergänzungsbedarf bestehe.

Da seitens der Ausschussmitglieder kein Änderungs- bzw. Ergänzungsbedarf besteht, bittet **Frau Mittendorf** um die **Abstimmung** der Niederschrift.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**4 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
3 Enthaltungen**

### 3. **Quartalsbericht des Städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes zum 31. März 2012**

---

**Frau König** führt ein, dass im Quartalsbericht die Erlöse und Aufwendungen aufgestellt sind. Diese befinden sich im Rahmen wie geplant. Die Zinserträge werden weiterhin nicht wie geplant erreicht.

Im Quartalsbericht wurde darauf hingewiesen, dass die marktübliche Verzinsung vom Aufgabenträger zu realisieren und bei der Gebührenkalkulation zu berücksichtigen ist. Der SAB hat nochmals den FB 02 darauf hingewiesen, dass für die Rückstellungsbeträge die Anwendung der Verfügung vom Oberbürgermeister zu prüfen ist. Der Fehlbetrag an Zinserträgen kann nur aus der allgemeinen Rücklage gedeckt werden.

Bei den Fremdleistungen für Altholz können zum ersten Mal Erlöse erzielt werden. Diese wurden im Quartalsbericht den sonstigen betrieblichen Erträgen zugeordnet. Der Wirtschaftsplan ist genehmigt, die Investitionen werden getätigt und die Ausschreibungen laufen bereits, sind aber noch nicht abgeschlossen.

Der SAB hat Ende März eine Ankündigung zur Erhöhung der Entgelte im MHKW für die Restabfallbehandlung erhalten. Im Vertrag ist eine Preisgleitklausel enthalten, die besagt, wenn das Entgelt über 2,0 Prozent gegenüber der letzten Steigerung steigt, dann muss der SAB ein höheres Entgelt begleichen.

**Herr Wähnelt** fragt, wie viel die Erhöhung beträgt.

**Frau König** antwortet, dass eine Erhöhung um 5,34 Prozent angezeigt wurde und verweist noch einmal auf den Vertrag. Das MHKW wird dazu noch eine Stellungnahme abgeben.

**Frau Mittendorf** fragt die Ausschussmitglieder, ob noch weitere Fragen bestehen.

**Herr Czogalla** fragt, ob die Möglichkeit bestehe, zukünftig den Quartalsbericht als eine gesamte PDF-Datei zu bekommen und nicht in mehreren Anlagen.

**Frau König** teilt mit, dass der Quartalsbericht eine Excel-Datei ist und aus mehreren Tabellen besteht. Es wird versucht den Quartalsbericht zukünftig als eine PDF-Datei zu verschicken.

Da es seitens der Ausschussmitglieder keine weiteren Fragestellungen gibt und kein weiterer Diskussionsbedarf besteht, bittet **Frau Mittendorf** um Kenntnisnahme des Quartalsberichtes des SAB zum 31. März 2012.

**Der Quartalsbericht des SAB zum 31. März 2012 wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.**

#### **4. Operatives Eigenbetriebscontrolling per 31. Dezember 2011 I 0046/12**

---

**Frau König** erwähnt, dass in der letzten Betriebsausschusssitzung unter dem Tagesordnungspunkt 5 der Quartalsbericht zum 31. Dezember 2011 behandelt wurde und dieser Grundlage für die Informationsvorlage sei. Die Abschreibungen weichen mehr als 10,0 Prozent ab. Frau König erklärt, dass mehr Asbest bei einem Teilfeld abgelagert worden sei und dieses zu höheren Abschreibungswerten geführt habe.

Bei der Mengenanlieferung MHKW wird jetzt auch der Anteil des SAB dargestellt. Die Darstellung erfolgt zur vertraglichen Mindestmenge. Der SAB hat eine Planmenge unter der Mindestmenge. Es stelle sich die Frage, ob der FB 02 diese Kennziffer für März 2012 anders darstellt. Frau König weist erneut auf die Zinserträge im Text hin. Das Saldo stellt sich im Ergebnis besser dar, da geringere Zinsaufwendungen notwendig waren. Die Rückstellungen für die Deponienachsorge konnten nicht marktüblich verzinst werden. Für den Rechtsstreit wurden für das gesamte Jahr 2011 250.000 EUR Zinsaufwendungen geplant. Diese wurden nur anteilig benötigt, da der Rechtsstreit im Juni 2011 entschieden wurde.

Der SAB stellt für den städtischen Haushalt kein Risiko dar.

**Herr Wähnelt** fragt, ob der Personalkostenanstieg zum Jahresvergleich pro eingesammelter Papiertonne Folge der jetzt umgesetzten haushaltsnahen Entsorgung sei.

**Frau König** bestätigt dies und sagt, dass es bei der Depotcontainerabfuhr einen Kraftfahrer und jetzt bei der haushaltsnahen Abfuhr ein Kraftfahrer und zwei Müllwerker benötigt werden. Die zweite und dritte Stufe wurden umgestellt, dementsprechend sind die Kosten zwar höher aber dagegen können auch Einsparungen erreicht werden, z. B. Einsparungen bei den höheren Reparaturaufwendungen der Kranfahrzeuge sowie der Reinigungskosten an den Stellplätzen.

**Frau Boeck** fragt, ob es Bestrebungen zu Veränderungen der Mindermengenanlieferung des Landkreises Börde gibt.

**Frau König** antwortet, dass der Landkreis Börde die Abfälle anliefert, die ihm angedient werden. D. h. die Restabfälle, die durch haushaltsnahe Abfallsammlung im Bördekreis entstehen, werden auch angeliefert. Die gewerblichen Abfälle gehen zurück sind aber in der Planung mit enthalten. Die Menge wird sich nicht nennenswert erhöhen, es werden ca. 3.000 Tonnen pro Jahr sein, die zusätzlich zum MHKW gefahren werden. Das MHKW wurde gebeten, demnächst auch die gewerblichen Mengen vom Bördekreis zu melden, damit diese mit aufgezeigt werden können.

**Frau Mittendorf** fragt die Ausschussmitglieder, ob noch weitere Fragen bestehen.

Da seitens der Ausschussmitglieder kein weiterer Diskussionsbedarf besteht, bittet **Frau Mittendorf** um Kenntnisnahme des Operativen Eigenbetriebscontrolling per 31. Dezember 2011.

**Die Informationsvorlage I 0046/12 (Operatives Eigenbetriebscontrolling SAB) wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.**

## 5. Verschiedenes

---

**Herr Czogalla** bringt das Problem ein, dass in einigen Wohngebieten immer mehr Privatstraßen ausgewiesen werden und die Eigentümer dem SAB das Befahren mit schweren Fahrzeugen der Straßen verbietet, da die Gefahr besteht, dass die Straßen dadurch beschädigt werden können und stellt die Frage, was das für Probleme für den SAB mit sich bringt.

**Frau König** weist darauf hin, dass es nicht viele Straßen betrifft. Es besteht die Möglichkeit, dass mehrere Grundstücke sich zusammenschließen können. Viele Eigentümer nutzen die Möglichkeit eines Hausmeisterservices, die die Tonnen bis zur öffentlichen Straße bringen. Des Weiteren gibt es beim SAB eine Standplatzbetreuung. Durch Vorortbegehungen werden Kompromisslösungen gefunden.

**Herr Stegemann** ergänzt, dass in den Neubaugebieten immer häufiger Straßen geplant werden, die zu eng sind und Belastungen durch das Befahren von Winterdienst- und Müllfahrzeugen nicht stand halten würden. Es müsse bereits im Bebauungsplan darauf geachtet werden, dass die Straßen entsprechend dimensioniert werden.

**Frau Zimmer** weist auf einen Interessenkonflikt hin. Es besteht die Forderung, mehr Privatstraßen zu bauen, damit die Stadt Kosten spart. Es stellt dennoch eine Kostenerhöhung dar, wenn die Tonnen so weit transportiert werden müssen.

**Herr Czogalla** stellt fest, dass an den Containern auf den Sammelplätzen die Firma Fehr steht und fragt, ob es ein neuer Anbieter sei und ob neue Verträge abgeschlossen wurden.

**Frau König** antwortet, dass der SAB keine Verträge abschließt. Herr Heise von der Firma DSD GmbH kommt am 14. Juni 2012 zu einem Gespräch vorbei, da die Glasentsorgung zurzeit ein Problem darstelle. Die Glasentsorgung ist an eine Arbeitsgemeinschaft vergeben, an der auch die Firma Fehr beteiligt sein kann.

**Herr Wähnelt** stellt fest, dass die Umstellung der haushaltsnahen Entsorgung mit erheblichen Problemen verbunden sei und bringt das Beispiel an, dass von den Bürgern an einem Entsorgungstag auf der Halberstädter Straße die Behälter statt an dem Straßenrand die Behälter zwischen Bordstein und Fußweg aufgestellt wurden und die Fahrradfahrer dadurch behindert werden. Er stellt dazu die Fragen, ob es schon Regelungen gibt, ob die Stellplätze zurückgebaut werden, da diese zu groß für die Behälter Glas und Alttextilkleider seien, und wie sich die Umstellung bewährt habe.

**Frau König** antwortet, dass die Stellplätze vorerst so bestehen bleiben. Die Alttextilbehälter müssen so aufgestellt werden, wie es die Genehmigung vorsieht. Dazu holt der SAB noch Erkundigungen beim Tiefbauamt ein. Des Weiteren wird darüber mit der Firma DSD GmbH gesprochen. Die Bereitstellung der gelben Tonnen bis 240 Liter bleibt laut Vertrag mit der Firma Tönsmeier bis Dezember 2013 bestehen.

Ab 1. Juni 2012 ist das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz in Kraft getreten. Demnach soll eine Wertstofftonne bis 2015 eingeführt werden. Es müssen Überlegungen angestellt werden, ob es die Möglichkeit einer Zusammenlegung der gelben Tonne mit der Wertstofftonne gibt. Eine weitere Tonne werde von den Bürgern nicht angenommen werden. Die Kosten der gelben Tonnen sollen nicht auf den Gebührenzahler umgelegt werden. Wenn es eine neue Wertstofftonne geben sollte, kann in der Abfallwirtschaftssatzung geregelt werden, dass die Tonnen vom Stellplatz zu holen sind. Bei der Papiersammlung macht Frau König auf die rückläufige Mengenentwicklung von 200 bis 300 Tonnen pro Jahr aufmerksam, diese beruhen u. a. auf der Sammlung und Abgabe bei den Ankaufstellen. Die Ankaufstellen müssen darauf aufmerksam gemacht werden, dass es sich hierbei um gewerbliche Sammlungen handelt, die Mengen müssen angezeigt werden.

Die Abfalltrennung habe sich durch die Umstellung verbessert. Ohne die haushaltsnahe Umstellung hätte die gewerbliche Papiersammlung größere Ausmaße angenommen.

**Frau Zimmer** macht auf das Problem aufmerksam, dass die Bürger sich vier Entsorgungstage in 14 Tagen merken müssen. Warum können nicht zwei Tonnen an einem Entsorgungstag entsorgt werden? Durch die haushaltsnahe Entsorgung sind viele Plätze sauberer geworden.

**Frau Mittendorf** fragt die Ausschussmitglieder, ob es weiteren Gesprächsbedarf gebe.

Seitens der Ausschussmitglieder besteht kein weiterer Klärungsbedarf und **Frau Mittendorf** schließt die öffentliche Sitzung.

gez. Regina Mittendorf  
stellv. Vorsitzende

gez. Stefanie Waschmann  
Schriftführerin

**Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.**